



Diese Woche:

Seite 2 :
Bundeshaushalt 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag über den Bundeshaushalt für 2019 in Zweiter und Dritter Lesung abgestimmt.

Zum 5. Mal in Folge präsentieren wir an diesem Black Friday die Schwarze Null. Mit einem Bundeshaushalt von 356,4 Mrd. Euro und einer Investitionsquote von 11,9 % investieren wir mehr denn je in unser Land. Das soll den Menschen zugute kommen. Mit dem nun beschlossenen Entwurf des Bundeshaushalts 2019 sind wir wieder im normalen Verfahren. Nach dem erst im Sommer verabschiedeten Haushalt für 2018 konnten wir nun einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes

gehen. Die zahlreichen Investitionen in 2019 sollen vor allem die Mitte unserer Gesellschaft erreichen.

Die letzten Wochen der Verhandlungen zum Haushalt waren arbeitsintensiv, doch ich bin überzeugt, das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Herzliche Grüße

Ihr



Seite 3:
Generaldebatte



Seite 4:
So macht Mobilität Spaß!





Bundshaushalt 2019

Innere Sicherheit

Der Haushalt 2019 sieht für die innere Sicherheit für Personal, Ausstattung und Förderprogramme Mittel in Rekordhöhe vor. Sicherheitsbehörden erhalten so ab Januar zusätzlich 3.120 Stellen. Zur Stärkung der Äußerer Sicherheit fließen außerdem mehr Mittel in die Bundeswehr. Für Beschaffungsvorhaben stehen dann 350 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung.

Aber auch die Zollverwaltung bekommt 2019 775 zusätzlichen Stellen, darunter 351 Stellen für die Mindestlohnkontrolle, 328 Stellen zur Unterstützung an den internationalen See- und Flughäfen sowie den sicherheitsrelevanten Bereichen der Zollverwaltung und 76 Stellen für die Financial Intelligence Unit (FIU) zur Bekämpfung von Geldwäsche.



Rede zum Einzelplan 17:

Ein generationengerechter Haushalt der Familien- und ehrenamtliches Engagement deutlich unterstützt. Als eine wichtige Säule der familienpolitischen Leistungen erhält das Elterngeld, neben weiteren wichtigen Maßnahmen, erneut einen Aufwuchs und steigt um 190 Mio. auf nun 6,86 Mrd. Euro.



Gerichte und Justizbehörden werden besser ausgestattet



Auch bei dem "Pakt für den Rechtsstaat" geht es voran: 24 Stellen entstehen für den Bundesgerichtshof, 37 Stellen für den Generalbundesanwalt. Zusätzlich werden 64 Mio. Euro für geschützte Fahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder und 100 Mio. Euro zusätzlich für Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz bereitgestellt.

Rede Schlussrunde

Wir denken an morgen und an nachfolgende Generationen und damit sind wir mit diesem Haushalt gut aufgestellt. Es ist ein Haushalt der Chancen. Wir investieren in Verkehrsinfrastruktur, in die innere Sicherheit, in den Wohnungsbau und in eine gute Gesundheitsversorgung.

Wir investieren in die Menschen unseres Landes und gleichzeitig entlasten wir die Menschen mit dem Familienentlastungsgesetz. Bis 2021 stellen wir dafür 23,5 Mrd. Euro zur Verfügung.





Generaldebatte zum Haushalt 2019

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den globalen Pakt für Migration vehement verteidigt.

Der Pakt sei „in unserem nationalen Interesse“, weil er dafür Sorge, dass sich die Bedingungen für Flüchtlinge und Arbeitsmigranten überall auf der Welt verbesserten, sagte Merkel in der Generalaussprache zum Haushalt 2019 im Bundestag. Der Vorsitzende der Union, Ralph Brinkhaus, verwies auf das christliche Menschenbild der Union. Das bedeute, dass die Würde des Menschen überall gleich sei auf der Welt.

Brinkhaus sprach den Pakt für Migration nicht direkt an, erklärte aber, Deutschlands Verantwortung gehe über das eigene Land hinaus. Soweit es möglich sei, werde man diese Verantwortung übernehmen. Merkel sagte, der Pakt für Migration wie auch der Pakt für Flüchtlinge seien der richtige Antwortversuch, „globale Probleme international und miteinander zu lösen“. Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt stellte sich hinter den Pakt und warnte vor „Panikmache“. In dem Pakt gehe es darum, wie Migration geordnet, gesteuert und begrenzt werde. Die UN seien dafür die richtige Ebene. Wenn es nicht gelinge, die Situation für Migranten in anderen Ländern zu verbessern, würden nicht weniger, sondern mehr von ihnen zu uns kommen.



Foto: Tobias Koch

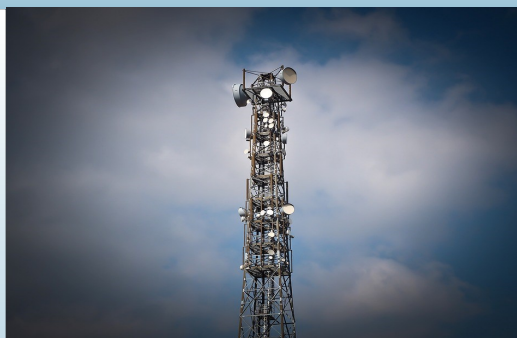
Lehren aus der Geschichte ziehen

Die Kanzlerin stellte die kontrovers geführte Debatte um den Migrationspakt in einen historischen Kontext. Es gehe auch um die Frage, ob Deutschland aus der Geschichte gelernt habe, sagte sie. Eine der Lehren sei die Gründung der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg - die Schaffung einer multilateralen Ordnung. Es gehe darum, „nie wieder gegeneinander zu arbeiten, sondern gemeinsam die Dinge als Weltgemeinschaft zu klären“. An die Adresse derjenigen, die den Pakt ablehnen, sagte sie: Zu glauben, man könne alles alleine lösen und müsse nur an sich denken, sei „Nationalismus in reinsten Form“. Patriotismus hingegen sei, „wenn man im deutschen Interesse auch andere mit einbezieht“.

Wir brauchen zuverlässige Mobilfunkversorgung für alle

Anlässlich der aktuellen Initiative aus der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur 5G-Frequenzvergabe und Ausrichtung des zukünftigen Mobilfunknetzausbaus äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende, Ulrich Lange, wie folgt:

"Der Entscheidungsentwurf der Bundesnetzagentur zur anstehenden 5G-Frequenzvergabe hat sich deutlich verbessert. Wir sehen jedoch weiterhin die Gefahr, dass in den Bereichen der ver-



pflichtenden Versorgungsaufgaben ein Mobilfunkflickenteppich entsteht und sich die Bürger im Funkloch wiederfinden. Das betrifft insbesondere den ländlichen Raum

mit den vielen Bundes- und Landstraßen und Schienenstrecken. Hier müssen wir eine zuverlässige Mobilfunkversorgung für alle Bürger sicherstellen. Sollten sich die Mobilfunknetzbetreiber nicht auf freiwillige Kooperationen einigen, muss daher die Bundesnetzagentur die Möglichkeit haben, in Ausnahmefällen ein lokales Roaming anzuordnen. Hierfür schaffen wir in den nächsten Wochen die gesetzlichen Grundlagen. Alle Marktbeteiligten müssen jetzt Rechts- und Planungssicherheit.

mehr unter:



www.alois-rainer.de



So macht Mobilität Spaß!

Schienenverkehr

Bahnfahren soll noch attraktiver und vor allem auch nachhaltiger werden. So wird ein Deutsches Zentrum für Schienenverkehrsforschung (DZSF) gegründet, um die Schiene in Forschungsfragen fit für die Zukunft zu machen. Aber auch das Potenzial alternativer Antriebstechnologien – z.B. Wasserstoff, Batterie, Hybrid – im Schienenverkehr soll durch Neuinvestitionen in Züge ausgeschöpft werden.

Um den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, sind zusätzliche Haushaltsmittel zur Senkung der Trassenpreise vorgesehen.



Jobticket

Zahlt der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmer Zuschüsse zu einem Jobticket oder finanziert er dieses sogar ganz, dann ist dies zukünftig steuerfrei. Es wird nicht mehr als Arbeitslohn behandelt. Dies gilt sogar dann, wenn man das Ticket auch privat nutzen darf. Wichtig ist dies für Pendler, die auf den städtischen Nahverkehr oder aber auf Regional- und Fernzüge angewiesen sind.

Steuerliche Regelungen

Aber auch steuerlichen Regelungen sorgen für Verbesserungen insbesondere für Pendler. Das entsprechende Gesetz wurde bereits am 8. November 2018 im Bundestag beschlossen. Jetzt muss nur noch der Bundesrat zustimmen.

Besserer Mobilfunkempfang und barrierefreie Bahnhöfe

Durch eine Modernisierung des Bahnfunks soll der Mobilfunk- und Internetempfang für Bahnreisende künftig verbessert werden. Eine wichtige Aufgabe der Politik ist auch, jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund war es der CDU/CSU Bundestagsfraktion ein großes Anliegen, hier einen Beitrag zu leisten und die vollständige Kostenübernahme für 118 (zukünftig) barrierefreie Bahnhöfe zu beschließen. „Gerade auch in ländlichen Regionen ist die Barrierefreiheit an Bahnhöfen

von zentraler Bedeutung für die Mobilität von Menschen mit Behinderung.“ sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Ulrich Lange. Davon profitieren natürlich auch ältere Menschen oder Eltern mit Kinderwagen.



eBikes und Fahrräder

Ein weiterer wichtiger Baustein betrifft Dienstfahrräder, die der Arbeitgeber kostenlos oder verbilligt zur Verfügung stellt. Auch diese sind zukünftig steuerfrei und werden nicht mehr versteuert. Dies gilt übrigens nicht nur für „normale“ Fahrräder, sondern auch für Elektrofahrräder. Da man die Entwicklung in diesem Bereich beobachten möchte, ist die Regelung erstmal bis 2021 befristet.

Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de

